

Antrag

der AfD-Fraktion

Notfallrettung verbessern und Hilfsfristen einhalten

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. mit den Kreisen und kreisfreien Städten zu analysieren, warum sich die Einhaltungswenquoten der rettungsdienstlichen Hilfsfrist in den vergangenen Jahren im Land Brandenburg deutlich verschlechtert haben, und dem Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz (ASGIV) darüber zu berichten.
2. eine Kampagne zu starten, die zum Ziel hat, die Nummer des ärztlichen Bereitschaftsdienstes (116 117) noch bekannter zu machen.
3. das Gesundheitswissen in der Bevölkerung durch leicht verfügbare Angebote zu verbessern (z. B. im Schulunterricht, in Jugendklubs, durch Apps, Werbung oder mit der Etablierung von flächendeckenden Anreizsystemen für Erste-Hilfe-Kurse). Damit soll in Zukunft unter anderem eine unnötige oder falsche Inanspruchnahme der verschiedenen Notfallstrukturen möglichst vermieden werden.
4. die Luftrettung zu stärken, indem Flugzeiten massiv ausgeweitet, also Nachtflüge sowie Flüge bei schlechtem Wetter ermöglicht werden, sowie mehr Landemöglichkeiten, z. B. bei Krankenhäusern, zu schaffen.
5. das Ersthelfersystem, z. B. das System „Katretter“, zu stärken und weitere alternative Rettungsmöglichkeiten für Ersthelfer zu prüfen. Außerdem sollen die Gründe für die stark schwankenden Reaktionsquoten untersucht und die standardisierte Erfassung der Eintreffzeiten der Freiwilligen (insbesondere im Verhältnis zum herkömmlichen Rettungsdienst) unterstützt werden.
6. Berufe im Rettungswesen attraktiver zu gestalten, insbesondere für Sanitäter. Hierfür soll ein Runder Tisch zur Erarbeitung von Lösungsmöglichkeiten eingesetzt werden. Außerdem ist sich auf Bundesebene für die Befreiung sogenannter Poolärzte von der Sozialversicherungspflicht einzusetzen.
7. die rechtlichen Voraussetzungen zur Verwendung einer Legaldefinition des Beginns der Hilfsfrist auf den Zeitpunkt des ersten Klingelns in der Regionalleitstelle zu schaffen. Darin soll insbesondere eine entsprechende Klarstellung im Landesrettungsdienstplan enthalten sein.

Begründung:

In der Antwort auf die Kleine Anfrage 3208 (Drucksache 7/8991¹) führte die Landesregierung zu den Einhaltungquoten der 15-Minuten-Hilfsfrist im Land Brandenburg aus. Einhaltungquoten von 95 Prozent und mehr sollten erreicht werden, doch teilweise fallen sie sogar weit unter 90 Prozent (Ostprignitz-Ruppin im Jahr 2021 bei nur 84 Prozent und Spree-Neiße bei 81 Prozent). In den Jahren 2020 und 2021 waren die Einhaltungquoten schlechter als je zuvor. Im Vergleich zum Jahr 2013 hat sich die Quote von 93,49 Prozent auf 90 Prozent in den Jahren 2020 und 2021 verschlechtert.

Als Gründe nennt die Landesregierung in ihrer Antwort auf die Mündliche Anfrage 2038 lapidar den Fachkräftemangel und verweist auf die Träger der Rettungsdienste. Weil sich die Hilfsfristen aber besorgniserregend im Land verschlechtert haben, ist die Landesregierung in der Pflicht, den Ursachen differenziert und landesweit auf den Grund zu gehen, um eine passgenaue Antwort auf die Problematik zu finden. Das ist insbesondere erforderlich im Sinne der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse sowie der Tatsache, dass die Bürger die Rettungsdiensteinsätze regelhaft über ihre Krankenkassenbeiträge unabhängig von ihrem Wohnort finanzieren.² Hilfsfristen bzw. die Prähospitalzeit müssen daher sowohl in Spree-Neiße als auch in Potsdam vergleichbar und so kurz wie möglich sein.

Eine Lösungsmöglichkeit ist es, unnötige Rettungseinsätze zu vermeiden, indem Patienten verstärkt bei der Inanspruchnahme von medizinischen Leistungen gesteuert werden. Hierzu gehört, die Nummer des ärztlichen Bereitschaftsdienstes (116 117) noch bekannter zu machen. Die Bundesärztekammer führt³ dazu wie folgt aus:

„Die Akut- und Notfallversorgung muss dem Prinzip folgen, dass alle [...] Patienten mit akuten Beschwerden und in Notfällen zunächst eine Leitstelle der Notfallnummern 116 117 und 112 kontaktieren, um mithilfe einer bundesweit einheitlichen, standardisierten und validierten medizinischen Ersteinschätzung in die richtige Versorgungsebene gewiesen werden zu können [...]“.

Aber auch die Gesundheitswissen der Bevölkerung muss gestärkt werden. Denn bisher wird diese vornehmlich in Volkshochschulen vermittelt (Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 3167, Drucksache 7/8876⁴). Diese Angebote sind erfreulich, werden aber nicht den benötigten Effekt erzielen. Gesundheitsbildung kann sowohl in der Schule, in Jugendclubs, per Werbung und Apps erfolgen. Auch flächendeckende Erste-Hilfe-Kurse, versehen mit einem Anreizsystem, können die Ersthelferrettung deutlich stärken.

¹ Vgl. „Hilfsfristen der Rettungsdienste und Problemzonen“, in: https://www.parldok.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/drs/ab_8900/8991.pdf (27.12.2023), abgerufen am 07.02.2024.

² Vgl. „Sozialgesetzbuch (SGB) Fünftes Buch (V) - Gesetzliche Krankenversicherung - (Artikel 1 des Gesetzes v. 20. Dezember 1988, BGBl. I S. 2477) § 60 Fahrkosten“, in: https://www.gesetze-im-internet.de/sgb_5/_60.html, abgerufen am 07.02.2024.

³ Vgl. „Stellungnahme der Bundesärztekammer“, in: https://www.bundestag.de/resource/blob/986406/69ef3f5570a567d0def46d33e60cc9ab/20_14_0172-8-_Bundesaerztekammer_Notfallversorgung.pdf (15.01.2024), abgerufen am 07.02.2024.

⁴ Vgl. „Vermittlung von ‚Gesundheitskompetenz‘ durch das BbgEBG“, in: https://www.parldok.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/drs/ab_8800/8876.pdf (01.12.2023), abgerufen am 09.02.2024.

Der Personalmangel im medizinischen Bereich kann nur gelöst werden, indem die Berufe attraktiver, aber zumindest nicht unattraktiver gestaltet werden. Sogenannte Poolärzte für den Bereitschaftsdienst sollten sinnvollerweise von der Sozialversicherungspflicht analog zu den Notärzten im Rettungswesen ausgenommen sein. Dafür soll sich die Landesregierung auf Bundesebene einsetzen, um bürokratische Hürden und Arbeitshemmnisse abzubauen.

Die DRF Luftrettung kritisiert,⁵ dass von bundesweit 83 Luftrettungsmitteln aktuell nur 16 in den Nachtstunden zur Verfügung stehen dürfen. Tatsächlich könnte die Luftrettung in einem Flächenland wie Brandenburg deutlich stärker ausgebaut werden, indem Flüge bei Nacht oder schlechtem Wetter möglich gemacht werden. Technisch wäre diese Ausweitung für die Hubschrauber problemlos möglich. Hier besteht dringend Nachbesserungsbedarf, z. B. auch durch den Ausbau von mehr kliniknahen Landemöglichkeiten, um die Prähospitalzeiten zu verkürzen. Es könnte eine neue Dienstanweisung für den Einsatz von Rettungshubschraubern und Verlegungshubschraubern im Land Brandenburg⁶ erlassen werden.

Eine weitere Möglichkeit zur Verbesserung der Notfallrettung ist die intensivere Unterstützung des Ersthelfersystems, insbesondere durch das bereits eingeführte App-basierte System „Katreter“⁷. In ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage 3138 (Drucksache 7/8745⁸) bewertete die Landesregierung die Einführung des Systems selbst als positiv, offenbarte aber auch noch Verbesserungspotenzial. Zudem ist das Projekt „Katreter“ zurückhaltend finanziert. Daten über die Eintreffzeiten der freiwilligen Helfer werden bislang nicht standardisiert erfasst, die Reaktionsquoten klaffen teilweise weit auseinander (z. B. im Jahr 2021 gab es im Gebiet Nordwest eine Quote von 58 Prozent, aber im Gebiet Nordost von nur 16 Prozent). Gründe sollten untersucht werden, um den Erfolg des Projekts zu erhöhen. Um mehr freiwillige Helfer zu gewinnen, bietet sich außerdem eine Aufwandsentschädigung an, die laut Landesregierung bislang nicht existiert. Die bisherigen Kosten von lediglich 133 400 Euro, die bislang für das Projekt als Zuwendungen gewährt wurden, bei gleichzeitig hoffnungsvollen Ergebnissen des Projekts zeigen, dass Ausbaupotenzial besteht.

⁵ Vgl. „DRF Stiftung Luftrettung“, in: https://www.bundestag.de/resource/blob/986420/c767e195c055da9d87471c5d029d9810/20_14_0172-9-_DRF-Luftrettung_Notfallversorgung.pdf (Januar 2024), abgerufen am 07.02.2024.

⁶ Vgl. „Dienstanweisung für den Einsatz von Rettungshubschraubern und Verlegungshubschraubern im Land Brandenburg“, in: <https://bravors.brandenburg.de/verwaltungsvorschriften/darettung> (27.09.2007), abgerufen am 08.02.2024.

⁷ Vgl. „KATRETER – Jede Hilfe hilft!“, in: <https://katretter.de/>, abgerufen am 08.02.2024.

⁸ Vgl. „Ersthelfer-App im Land Brandenburg“, in: https://www.parldok.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/drs/ab_8700/8745.pdf (10.11.2023), abgerufen am 08.02.2024.

Außerdem tragen schlechte Straßen und schlechte Mobilfunknetze ihren Teil zu unnötig langen Rettungszeiten bei. Online-Berichte darüber, dass Brandenburg im Jahr 2020 zu den Bundesländern mit den unsichersten Straßen gehörte,⁹ dass im Jahr 2018 rund 80 Prozent der Straßen in der Landeshauptstadt sanierungsbedürftig gewesen seien¹⁰ und dass Brandenburg bei der Mobilfunkabdeckung im Bundesländervergleich schlecht dasteht¹¹ (wobei Deutschland im internationalen Vergleich schlecht abschneidet¹²), zeigen, dass auch die Stärkung der Infrastruktur im Sinne einer Verbesserung der Notfallrettung angegangen werden muss.

Des Weiteren war sich der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (AASGFF) der vergangenen Legislaturperiode im Kontext der Überarbeitung des Rettungsdienstgesetzes, entgegen den Behauptungen der Landesregierung, vollkommen einig darüber, dass keine Verschlechterung der Hilfsfrist, sondern eine Auslegung des Beginns im maximalen Patienteninteresse erfolgen soll.¹³ Dies bedeutet einen Beginn mit dem ersten Klingeln in der Regionalliegeplatz. Dem wurde bis heute jedoch nicht wirklich nachgekommen. Nicht nur die Hilfsfrist muss schärfer definiert werden, sondern die medizinisch sinnvollere Prähospitalzeit sollte zusätzlich erfasst werden. Dies gilt umso mehr, da Brandenburg sowieso schon zu den Bundesländern mit den schlechtesten Hilfsfristen gehört.¹⁴

⁹ Vgl. „Bayern auf dem letzten Platz: Das sind die Länder mit dem nachhaltigsten Verkehr“, in: https://efahrer.chip.de/news/bayern-auf-dem-letzten-platz-das-sind-die-laender-mit-dem-nachhaltigsten-verkehr_103420 (04.11.2020), abgerufen am 08.02.2024.

¹⁰ Vgl. „80 Prozent der Straßen mit Sanierungsbedarf“, in: <https://www.maz-online.de/lokales/potsdam/80-prozent-der-strassen-mit-sanierungsbedarf-XV4S3CJMPEDFLZDUEHQTYFBHY.html> (21.08.2018), abgerufen am 08.02.2024.

¹¹ Vgl. „Netzabdeckung in Deutschland – Mobilfunkanbieter im Vergleich“, in: <https://www.logitel.de/blog/handys/netzabdeckung-in-deutschland-der-grosse-ueberblick/> (08.09.2023), abgerufen am 08.02.2024; „LTE-Verfügbarkeit in Deutschland“, in: <https://de.statista.com/infografik/14681/lte-verfuegbarkeit-in-deutschland/> (13.07.2018), abgerufen am 08.02.2024.

¹² Vgl. „In diesen Ländern funktioniert Mobilfunk am besten“, in: <https://www.absatzwirtschaft.de/in-diesen-laendern-funktioniert-mobilfunk-am-besten-223978/> (06.08.2019), abgerufen am 08.02.2024.

¹³ Vgl. „P-AASGFF 6/38“, in: <https://www.parldok.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/apr/AASGF/38-003.pdf> (05.11.2018), abgerufen am 08.02.2024.

¹⁴ Vgl. „Hilfsfrist“, in: <https://de.wikipedia.org/wiki/Hilfsfrist>, abgerufen am 08.02.2024.